

Plenarprotokoll

114. Sitzung

Mittwoch, 9. März 2016

Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte.
Europabericht 2015 – 2016 9496

Bericht der Landesregierung

Drucksache 18/3911

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3900/drucksache-18-3911.pdf>

Angelika Beer [PIRATEN] 9505

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt die Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich im Namen der Piratenfraktion für diesen ausführlichen Europabericht, Frau Ministerin. Es ist richtig, dass Sie grundsätzliche Probleme angesprochen haben. Auch wir PIRATEN betrachten mit allergrößter Sorge die aktuelle Entwicklung in der Europäischen Union und ihren Nachbarstaaten. Aus diesem Grund möchte ich als Erstes einige grundsätzliche Fragen aufwerfen; denn wir werden nicht überzeugend für Europa kämpfen können, wenn wir die Probleme nicht offen ansprechen.

Wenn wir als Europäer heute über Europa reden, welche Schlagworte fallen uns dann ein? Solidargemeinschaft, Völkerverständigung, Friedensnobelpreis, Humanität? - Nein, 59 Jahre nach den Römischen Verträgen sind wir inzwischen weit davon entfernt, das einstige Friedensprojekt Europa zu festigen und auszuweiten. Es sind andere Schlagworte, die die europäische Politik markieren: Flüchtlingskatastrophe, Krisengipfel, die Nationalisierung der EU-Mitgliedsstaaten, erstarkende rechtsextreme Fraktionen im Europaparlament und, um auch das zu nennen, der Verkauf von Grundwerten, um den Brexit, den Austritt der Briten, zu verhindern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der jüngste **Gipfel mit der Türkei**, um eine Flüchtlingskrise in den Griff zu bekommen, macht mich sprachlos. Ich bin aber auch entsetzt. Auf der einen Seite sind es die etablierten Parteien in Deutschland, die ihren politischen Machtkampf vor der nächsten Bundestagswahl auf Kosten der Bundeskanzlerin austragen und sie damit schwächen. Auf der anderen Seite ist es eben diese Kanzlerin, die es über Jahrzehnte verhindert hat, dass die Türkei eine aufrichtige Perspektive für einen **Beitritt zur EU** überhaupt bekommt. Das ist eine Kanzlerin, die das Wort der „**privilegierten Partnerschaft**“ geprägt und damit in Kauf genommen hat, dass sich die Türkei außenpolitisch von der EU wegorientiert, um ihre regionale Machtposition auszubauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Türkei ist kein Teil der Lösung, sondern Teil des Problems, auch bezogen auf die Flüchtlingskrise.

Es gibt hinreichend Nachweise dafür, dass die Türkei den IS unterstützt hat. Unter Recep Erdogan nimmt die Türkei immer stärker autoritäre Züge an. Unter seiner Federführung entwickelt sich die Türkei in einen Staat mit diktatorischen Zügen. Die drastische Unterdrückung der Kurden und Aleviten vor allem im Süden des Landes - das ist hier erwähnt worden - führt schon heute dazu, dass bei uns lebende Kurden und Aleviten in den Hungerstreik oder auf die Straße gehen.

Auch die jüngsten Angriffe auf die **Pressefreiheit** - siehe die Erstürmung der Redaktionsräume der regierungskritischen Zeitung „Zaman“- dürfen wir nicht ignorieren, sondern wir müssen das hier thematisieren. Sonst verlieren wir unsere eigene Glaubwürdigkeit.

Wenn wir länger bereit sind, massive **Menschenrechtsverletzungen**, egal, wo auf dieser Welt, zu tolerieren, anstatt demokratische Grundwerte zu verteidigen, tragen wir dazu bei, dass die europäische Solidarität in Kürze nur noch eine Floskel ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen den Mut haben, auch hier darüber zu reden und zu diskutieren. Nur so überlassen wir das Feld nicht den Nationalisten und Rechtsextremisten. Die Uneinigkeit innerhalb der EU, wenn es um die gerechte Verteilung der Flüchtlinge geht, ist aus meiner Sicht nur ein Symptom dafür, dass der **Nationalchauvinismus** das Friedensprojekt Europa gefährdet.

Dem EU-Gipfel mit der Türkei - der nächste wird ja in Kürze folgen - kann ich wenn überhaupt nur ein Gutes entnehmen - das klingt schon fast sarkastisch -: Wenn als politisches Zugeständnis tatsächlich vereinbart werden sollte, dass die

Visapflicht für türkische Staatsbürger aufgehoben wird, um in die EU zu reisen, dann hätte das zumindest den Vorteil, dass verfolgte Minderheiten, Journalisten und Oppositionspolitiker aus der Türkei in die Europäische Union reisen können, ohne ihr Leben auf der Flucht zu riskieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Finanz- und Wirtschaftskrise Griechenlands ist keineswegs vorbei, sie ist nicht überwunden. Da kriegt man doch in den letzten Tagen fast den Eindruck, dass man ganz froh ist, jetzt Griechenland und der Türkei die Verantwortung zu übertragen, die Flüchtlingskrise zu lösen oder zu regulieren.

Was sagen wir den Jugendlichen oder anderen, die uns Politiker fragen? Was sagen wir zu den Bildern in Idomeni? Was sagen wir zu der humanitären Katastrophe für Tausende von Menschen, die sich nicht mehr bewegen können? Seit heute Morgen ist auch die mazedonische Grenze zu. Sagen wir einfach, das sollen die Griechen und die Türken lösen? Das hat Deutschland lange genug gemacht. Damit sind wir nicht einverstanden.

Frau Ministerin, Sie haben die Einführung von Grenzkontrollen erwähnt. Hier ist der Punkt, wo Schleswig-Holstein in Europa bereits viel erreicht hat und - ich hoffe - noch viel erreichen wird. Es ist die **Ostseekooperation**, es ist die Kooperation mit unseren Nachbarstaaten, Kaliningrad, es sind der Dialog und gemeinsame Beschlüsse trotz der Spannungen in Osteuropa, die wir nicht vergessen dürfen. Wir helfen dabei, dass diese Diskussionen und Kooperationen nicht abnehmen. Das ist eine wichtige Rolle. So schwierig es im Moment ist, europäische Politik positiv zu gestalten, dürfen wir hier nicht aufgeben.

Deswegen möchte ich zum Schluss an die Ministerin und die Landesregierung appellieren: Genauso wie die Ostseekooperation funktioniert, brauchen wir die **Nordseekooperation**. Ich hoffe, dass die Frage des permanenten NSC-Sekretariats auf der Jahresversammlung im Juni 2016 erörtert wird. Denn eines muss uns klar sein: Wenn wir in der Europapolitik das Vertrauen der Jugend verlieren, dann verliert die Jugend die Möglichkeit der grenzüberschreitenden Bildung und des Reisens. Wenn die Jugend nicht mehr an Europa glaubt, dann setzen die 28 Staats- und Regierungschefs sehr viel aufs Spiel, und zwar im eigenen Interesse und nicht im Interesse der Europäischen Union. - Danke für die Aufmerksamkeit.

Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 18/3911 an den
Europaausschuss zur abschließenden Beratung 9507

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratungen. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung mit der Drucksachenummer 18/3911 dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer das tun will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Landtagspolitiker sorgen sich um vereintes Europa

<http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/41/debatten/42.html>

„Mit allergrößter Sorge“ betrachtet auch **Angelika Beer (Piraten)** die Lage in Europa. Nicht mehr Solidarität, Völkergemeinschaft und Friedensnobelpreis seien die Schlagworte für die EU, sondern „Flüchtlingskatastrophe, Krisen und der Verkauf von Grundwerten, um den Grexit zu verhindern“. Der Türkei warf sie vor, Teil des Problems der Flüchtlingskrise zu sein. „Es gibt klare Hinweise, dass die Türkei den IS unterstützt hat.“ Zudem weise Ministerpräsident Erdogan „diktatorische Züge“ auf.